

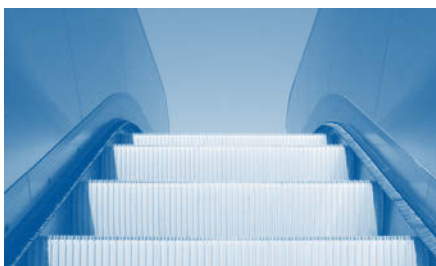
► **S2** **IM INTERVIEW:** Barbara Busse, Inhaberin Future+You Design-Thinking erobert die Unternehmenswelt und rückt die Kundenbedürfnisse in den Mittelpunkt.

► **S4** **Andrea Nahles zu Gast beim Steering-Komitee** Der digitale Ausbau muss rasch vorankommen.

► **S5** **Klaas Hübner bleibt Sprecher** Der Managerkreis hat einen neuen Vorstand gewählt.

► **S5** **Szenarienworkshop: Deutschland 2035** Der Managerkreis schaute in die Zukunft.

► **S6** **Die Wirtschaft von innen heraus verbessern** Social Start-Ups sind nachhaltig erfolgreicher als rein kommerzielle.



► **S7** **China und Deutschland: Zwischen Partnerschaft und Konkurrenz** Die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen haben mindestens zwei Seiten.

► **S9** **Midterm Elections 2018 – What can we expect?** Das Regieren in Washington wird nicht einfacher.



► **S11** **Die „Aufholjagd“ ist im Gange** Mitteldeutschland hat vieles unternommen, um die Wirtschaft zu stärken.

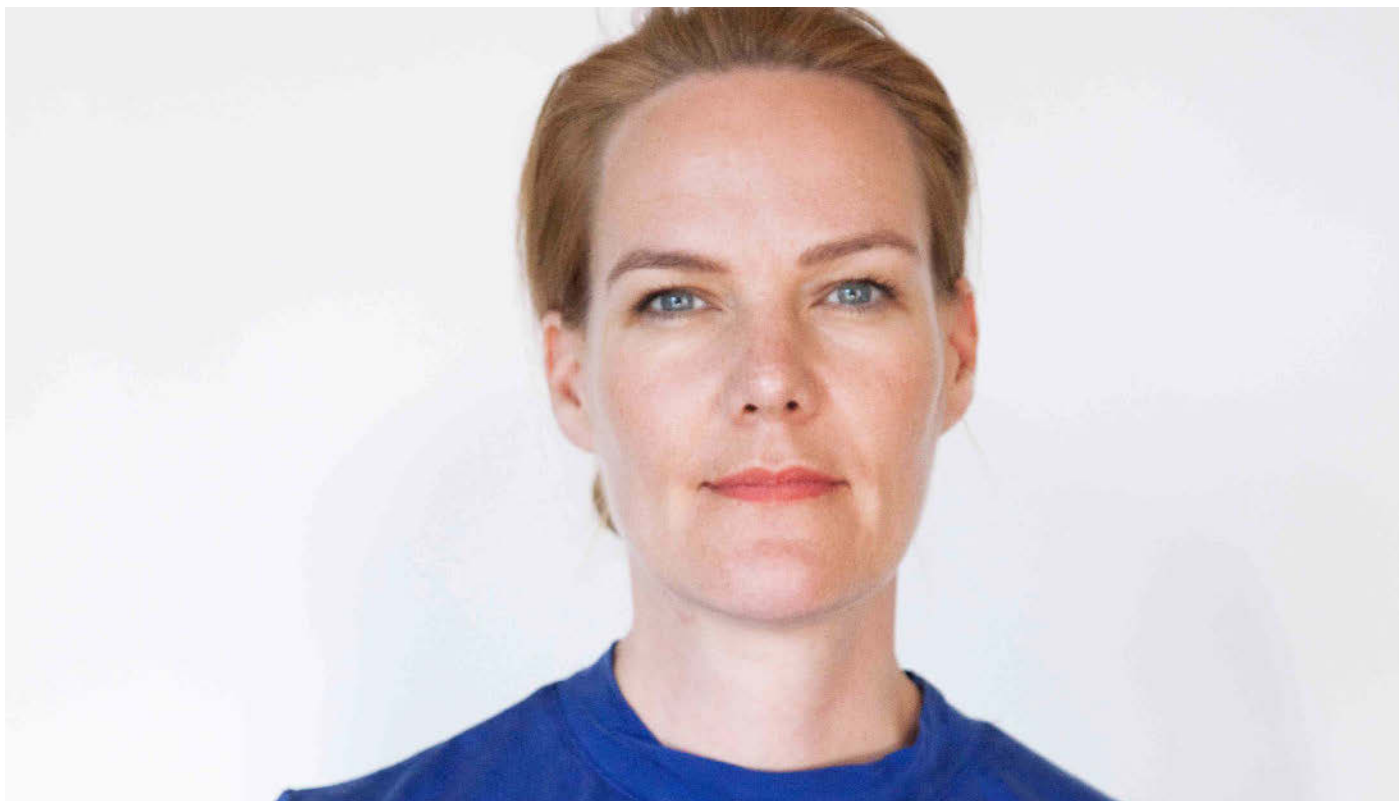


► **S13** **Mobilitätsmarkt im Umbruch** Verdrängt Autonomes Fahren den ÖPNV?

► **S13** **Frankfurt und Offenbach – Rivalen oder Partner?** Rhein-Main braucht eine starke Kooperation der Regionen.

► **S15** **Welcome to Bremerh(e)aven!** Die Hansestadt erfindet sich neu – dank der Lebensmittelwirtschaft.

► **S16** **Terminvorschau**



IM INTERVIEW: BARBARA BUSSE, Inhaberin Future+You

Immer mehr Unternehmen entdecken Design Thinking für sich: VW, Siemens, Bayer, Deutsche Bahn ... Die Methode gilt als Wunderwaffe für nachhaltige und innovative Entwicklungsprozesse. Sie stellt den Kunden und dessen Bedürfnisse konsequent in den Mittelpunkt und befähigt Teams zu mehr Kreativität. Auch die Designerin Barbara Busse setzt auf Design Thinking – mit Post-its und viel Platz an den Wänden.

Der Sitz Ihres Unternehmens ist Petershagen. Wo liegt das?

Petershagen liegt in Ostwestfalen zwischen Hannover und Bielefeld. Wir haben ein altes Anwesen übernehmen können und haben dort viel Platz für unsere kreative Arbeit und Workshops. Um uns herum ist alles grün. Wir arbeiten also im Hinterland mit High-Speed-Internet – für Deutschlands größte Unternehmen von Hamburg bis Stuttgart mit den besten Expert_innen. Digitales Arbeiten macht das möglich.

Warum haben Sie sich diesen abgeschiedenen Ort ausgesucht?

Ich habe, seit ich 19 Jahre alt bin, überall auf der Welt gelebt und gearbeitet. Die Zeit in den Metropolen der Welt habe ich sehr genossen. Seltsamerweise tritt irgendwann ein Sättigungseffekt ein. Viele neue Trends entstehen als Gegentrend zu einer Massenströmung. Die Landflucht ist ein Phänomen, das meiner Generation X zugeschrieben wird. Es gibt sogar einen Begriff dafür: City Quitters. Das ist die bewusste Abkehr von der Stadt und die Sehnsucht nach der Natur. Wir leben den Traum einer ganzen Generation.

Wie kamen Sie zum Design?

Ich kam schon als Designerin auf die Welt, wollte Erfinderin werden. Es dauerte bis zur 5. Klasse, bis ich verstand, dass das heute „Designer“ heißt. Design war für mich als junges Mädchen kein bekanntes Berufsfeld wie Medizin oder Jura.

Es gibt ein Buch mit dem Titel „Designer denken anders“? Wie denken denn Designer?

Sofort stellt sich mir die Gegenfrage: Wie denkt man denn normal? Designer verschaffen sich zunächst einen Überblick, suchen

nach Mustern, gemeinsamen Nennern, zeigen Lösungswege auf und vereinfachen das Ergebnis soweit es geht auf die absolut notwendigen Elemente. Vielleicht ist das Neue an der Stelle, dass man unvoreingenommen ist. Wenn ich ehrlich bin, ist das der eigentliche Luxus an meinem Beruf: Es gibt keine Wiederholungen. Keine Aufgabe gleicht der anderen. In den „Top 10“ der Fähigkeiten für die Zukunft sind Designer gut aufgestellt. Sie sind „Transitionists“. Sie helfen bei der Transformation von einem Zustand in einen neuen, besseren.

Was genau macht Ihre Designagentur Future+You?

Wir zeigen auf, wie die Welt in drei, fünf oder zehn Jahren aussehen wird und liefern individuelle Reports für große Unternehmen oder gestalten Produkte und Services, die in diese Zukunftsszenarien passen. Meine Zeit in einer großen Organisation hat mich gelehrt, dass man als Einzelne keine Konzernprozesse beschleunigen kann. Man kann aber sehr wohl bei der Planung entscheiden, wo man „aufsteigt“.

Wenn Sie ein innovatives Produkt auf den Markt bringen wollen, erfordert dies eine Neuartigkeit, die für den Kunden deutlich wahrnehmbar ist. Um solche Sprünge zu ermöglichen, basiert die Konzeption nicht auf dem Know-How und dem technischen Umfeld von heute. Sie erfordern, dass man sich konsequent auf ein Zukunftsbild einlässt und versteht, welche technischen Gegebenheiten da sein werden und welche Bedürfnisse Kunden in drei, fünf oder zehn Jahren haben werden. Man muss vergessen, was man in den letzten zwanzig Jahren über sein Business gelernt hat und verstehen, dass wir in einer exponentiellen technischen Veränderung leben. In fünf Jahren werden wir technisch 1.024 Mal weiterentwickelt sein als heute. Wir liefern entsprechende Zukunftspersonas und -szenarien, um die Innovationstreiber der Unternehmen zu befähigen, entsprechende Strategien oder Konzepte aufzuzeigen - basierend auf Zahlen und Fakten zur Zukunft. Wir arbeiten wissenschaftlich und stützen unsere Aussagen auf Studien und Hochrechnungen. Keiner möchte auf einer vagen Vermutung seine Strategie aufsetzen. Ich werde übrigens bei jedem Vortrag gefragt: „Glauben Sie das wirklich?“ Die Antwort ist „Nein“. Wir glauben gar nichts, sondern leiten von Zahlen und Fakten ab.

Sie arbeiten nach den Prinzipien des Design Thinking. Was verbirgt sich dahinter?

Design Thinking ist eine Arbeitsweise, die zum Bewältigen von Problemen und zur Entwicklung neuer Ideen führen soll. Es geht darum, Lösungen zu finden, die aus Anwendersicht überzeugend sind. Das bedeutet in der Praxis, dass wir erst verstehen müssen, was Anwender oder Kunden wirklich wollen. Viele Unternehmen neigen dazu, den Kunden zu unterstellen, dass sie sich genau das wünschen, was das Unternehmen sich überlegt hat. Wenn wir

also nach den Prinzipien des Design Thinking arbeiten, stellen wir an uns selber den Anspruch, erst den Kunden zu verstehen und dann aus dem Projektbriefing das absolute Maximum an Innovation und Kundenorientierung herauszuholen.

Der Begriff „Design Thinking“ liefert auf Google fast 17 Millionen Ergebnisse. Kommt heute kein Unternehmen mehr an Design Thinking vorbei?

Design Thinking ist an den Universitäten inzwischen fester Bestandteil in diversen Studiengängen. Ich habe seit 2018 einen Lehrauftrag an der University of Applied Sciences in Osnabrück. Fähige Absolventen gründen mit diesem Know-How aber zukünftig wohl eher ihr eigenes Start-Up, als die Entscheider in großen Unternehmen zu erleuchten. Aktuell verlieren also eher die Großen den Anschluss an etwas, was den Newcomern bessere Möglichkeiten gibt.

Was ist mit Design Thinking alles möglich?

Man kommt zu qualitativ besseren Lösungen, weil man den Kunden von Anfang an einbezieht - so früh, dass man noch nicht viel Budget in eine Entwicklung gesteckt hat und offen optimieren kann. Design Thinking ermöglicht also freier und spielerischer zu agieren, bei geringerem Invest und gleichzeitig mehr Chance auf Erfolg.

Was braucht man für Design Thinking?

Jeder kann immer mit Design Thinking arbeiten. Man benötigt ein paar Post-its und viel Platz an den Wänden, um seine Gedanken und Ideen in einer Gruppe bearbeiten zu können. Raufaser und empfindliche Oberflächen sind der natürliche Feind der kreativen Arbeit. Wer keine Wandfläche frei hat, kann einfach große Pappentafeln besorgen. Vor allem aber braucht man Mut, neue Wege zu gehen und die Offenheit, andere Perspektiven anzuhören und zuzulassen. Vereinbaren Sie als Team, Ideen erstmal nicht zu kritisieren, und um Himmels Willen lassen Sie den formellen Zwang im Schrank! Wer nicht auf Augenhöhe arbeiten möchte, wird in Zukunft nicht bestehen.

Was haben Marker, Post-its und Legosteine mit Design Thinking zu tun?

Ich nutze Legosteine im Workshop, um Anspannung zu lösen und alle zu ermutigen, ihrem Spieltrieb zu folgen. Nicht selten gerät der Zeitablauf eines Workshops aus dem Ruder, weil alle anfangen, vor sich hinzubauen. Loslassen ist super. Für meine Arbeit nutze ich die Legosteine nicht. Ich greife aber gerne zu Post-its und Marker. Wir sind es gar nicht mehr gewohnt, groß zu schreiben, Ideen zu teilen und unsere initialen Gedanken für alle abzubilden. Aber versuchen Sie mal mit einem Marker klein zu schreiben. Das geht nicht.

Was sind die häufigsten Hürden beim Design Thinking?

Mangelnde Lockerheit in Bezug auf Hierarchien und eine konstruktive Fehlerkultur. Man sollte auf Augenhöhe Ideen besprechen können.

Was braucht es, um Design Thinking nachhaltig in einer Firma zu implementieren?

Wenn sich ein Team die Mühe macht, Neuland zu erobern, kann auch mal etwas schief laufen. Hier direkt Druck aufzubauen führt nur dazu, dass die Mitarbeiter direkt auf Nummer sicher gehen und zu langweiligen Lösungen umschwenken. Das bringt gar nichts. Loben Sie alle, die Risiken eingehen und sich für Veränderung engagieren. Teams, die sich trauen, an neuen Ideen zu arbeiten, sollten kleine Budgets bekommen. 1.000 bis 2.000 Euro für Visualisierungen oder einen einfachen Prototyp reichen schon aus, um ein Kundenfeedback einzuholen. Kundenfeedback ist das Wichtigste überhaupt. Danach haben Sie eine Produktidee und Kunden, die das Produkt wollen. Damit schickt Sie kein Entscheider mehr weg.

Um gute Ideen zu haben, braucht man einen offenen Geist und ein entspanntes Umfeld. Wie finden Sie Entspannung?

Ich habe mehrere Paar Gummistiefel, einen eigenen Wald, zwei Teiche und einen Traktor für die Gartenarbeit.

—

Barbara Busse hat in Köln Design studiert und war anschließend in internationalen Agenturen und Konzernen in Sydney, London, Santiago de Chile und München tätig. Sie war acht Jahre lang im Telekom Design als Creative Director verantwortlich für verschiedene Themen, bevor sie im September 2016 ihre eigene Designagentur Future+You mit Sitz in Petershagen gründete. Barbara Busse ist Experte für Trendresearch, Business Innovation und Produktdesign. Sie arbeitet nach den Prinzipien des Design Thinking. Seit 2018 ist sie Mitglied im Managerkreis.

Neues aus dem Vorstand

Andrea Nahles zu Gast beim Steering-Komitee Managerkreis Vorstand



MANAGERKREIS
DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Am 21. November 2018 diskutierte die SPD-Parteivorsitzende in einem Hintergrundgespräch mit dem Steering-Komitee über die aktuellen wirtschaftspolitischen Herausforderungen, wie den Ausbau der digitalen Infrastruktur und den zu erwartenden Transformationsprozessen in der Arbeitswelt. Der di-

gitale Ausbau muss rasch vorankommen, so Nahles. Das sei nicht nur insbesondere für die Gewerbetreibenden und den Mittelstand wichtig, sondern bedeute auch eine Stärkung des ländlichen Raumes.



Neues aus dem Vorstand



MANAGERKREIS
DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Klaas Hübner bleibt Sprecher

Managerkreis Vorstand

Klaas Hübner hat am 21. November 2018 dem Steering-Komitee des Managerkreises den Wahlvorschlag für die nächsten zwei Jahre vorgelegt: Bertin Eichler, ehemaliger Finanzvorstand der IG Metall, Annette Fugmann-Heesing, frühere Berliner Finanzsenatorin, und Carlo Velten, Managing Director Crisp Research, wechselten aus dem Sprechergremium in den Vorstand. Auf eigenen Wunsch schieden Vera Gäde-Butzlaff und Alfred Geißler aus dem Vorstand aus. Als neues Vorstandsmitglied stellte sich Martin Seiler, Vorstand Personal und Recht der Deutschen Bahn AG, zur Wahl. Das Steering-Komitee nahm den Wahlvorschlag mit einer Enthaltung ein-

stimmig an. Der Unternehmer Klaas Hübner wurde erneut als Sprecher im Amt bestätigt. Seine Stellvertreter_innen sind Volker Halsch, Partner IBM, Sandra Parthie, Leiterin Büro Brüssel und Europa des IW Köln, Katrin Rohmann, Partnerin Deloitte Berlin, und Alexander Stuwe, Leiter Konzern-Risikocontrolling der NORD/LB.

Die vollständige Liste des amtierenden Vorstandes finden Sie unter folgendem Link: https://www.managerkreis.de/downloads/mediathek/?tx_site_downloadresource%5Bresource%5D=17&tx_site_downloadresource%5Bcontroller%5D=Resource&cHash=347b53a21a499d3e8bbb1d0ff51b015b

Szenarienworkshop: Deutschland 2035

Managerkreis Vorstand

Der Vorstand des Managerkreises und einige dazu geladene Gäste haben sich am 13. November 2018 zu einem ganztägigen Zukunftsworkshop in der Friedrich-Ebert-Stiftung getroffen. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte wurde im Vorfeld durch KI-gestützte Analysen, eine Online-Umfrage sowie Telefoninterviews eine Treiberliste von Zukunftsthemen erarbeitet, die dann in dem Workshop von den rund 30 Teilnehmenden näher ausgearbeitet wurden. Auf der Grundlage dieser Treiber sind vier Zukunftsszenarien entstanden, die darstellen, wie sich Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland bis 2035 verändert haben könnten. Diese Szenarien sollen Grundlage sein, um daraus Handlungsempfehlungen für die Zukunft zu erarbeiten, die thematische Anregungen für die Arbeitsgruppen und Regionalkreise des

Managerkreises in den nächsten Jahren bieten. Die Ausformulierung der Szenarien soll bis Anfang 2019 abgeschlossen sein und wird den Mitgliedern dann zur Kenntnis gegeben.





Die Wirtschaft von innen heraus verbessern

Die Social Entrepreneurs wollen keinen Profit, sondern gesellschaftlichen Mehrwert. Dafür haben sie sich ein eigenes Netzwerk geschaffen. Beim Business Lunch für Frauen in Stuttgart am 27. September 2018 war die Gründerin des SocEntBW-Teams Marika Bernhard zu Gast.

Managerkreis Baden-Württemberg

Marika Bernhard stellte fest, dass es immer noch Verwechslungen der beiden Begriffe Start-Up-Szene und Social Entrepreneurship gibt und viele sich nicht sicher sind, wo sie sich abgrenzen. Sie erklärte, dass Social Start-Ups meist nachhaltig erfolgreicher sind als rein kommerziell orientierte Start-Ups und Social Business-Modelle oft sehr gut funktionieren. Durch ihren marktwirtschaftlichen Ansatz finanzieren sie sich zum Großteil selbst und Spenden sind gesondert von ihrem Geschäftsmodell zu sehen. Sozialunternehmer_innen gehen normalerweise von der Entdeckung eines sozialen Problems aus und entwickeln aus der Lösung oder Verbesserung der Situation ein Business Modell. Damit wollen Sozialunternehmer_innen nicht zwingend Aufgaben des Staates übernehmen, sondern vielmehr die Wirtschaft von innen heraus verbessern und „enkelfähig“ machen. Die Mitgründerin von SocEntBW hob hervor, dass in Baden-Württemberg ein eher

bodenständiges, an die Tüftler-Mentalität angelehntes Unternehmertum dominiert, das geeignet ist, auch langfristige Arbeitsplätze zu schaffen oder die Unternehmensidee auch weiterzuentwickeln, anstatt sie zu verkaufen, sobald sie profitabel ist.

SocEntBW-Mitglied Corinna Pape stellte ihre Crowdfunding-Plattform SPONSORT vor sowie ihr neues Projekt, Kaffee nachhaltig aus Direct-Trade zu beziehen. Pape erläuterte, wie durch eine ursprünglich ehrenamtliche Unterstützung ein profitables Unternehmen werden konnte. Die wichtigste Frage bei allen Gründungen ist: Warum will ich etwas tun? Das ist eine scheinbar einfache Frage, die aber häufig nicht sorgfältig genug bearbeitet wird und somit zu überflüssigen oder aus sozialer Sicht nicht sinnvollen Produkten oder Dienstleistungen führt.

Die geringe Anzahl an Gründerinnen war ein wichtiges Thema der Veranstaltung, wobei Bernhard und Pape unterstrichen, dass es in dem sozial-verantwortlichen Sektor bereits wesentlich mehr Frauen gibt, als im konventionellen. Um mehr Frauen zu Unternehmensgründungen zu motivieren, schlugen sie vor, die Ausschreibungen und Wettbewerbe („Pitches“) so zu gestalten, dass Frauen weniger abgeschreckt werden.

Eine Teilnehmerin brachte ihre eigene Gründungserfahrung ein. Eine andere berichtete von einer Studienreise ins Silicon Valley, bei der deutlich wurde, dass diese Start-Up-Szene völlig von Männern dominiert ist. Die regen Debatten unter den Frauen zeigten, dass der Bedarf am Austausch hoch ist und die Plattform gerne genutzt wird.

China und Deutschland: Zwischen Partnerschaft und Konkurrenz

China zählt zu Deutschlands wichtigsten Handelspartnern. Deutsche Unternehmen profitieren nicht nur vom Zugang zum chinesischen Markt, sondern erfahren ebenso zunehmende Beliebtheit bei chinesischen Investor_innen. Gleichzeitig wachsen in Deutschland jedoch politische Bedenken und die Angst vor dem Abfluss von technischem Know-How, da sich China gezielt in Schlüsseltechnologien einkauft, um eigene Entwicklungen zu forcieren.

Managerkreis Nordrhein-Westfalen

Am 8. Oktober 2018 lud der Managerkreis NRW zu einer Diskussion mit Bernhard Kemper, Geschäftsführer des Unternehmens Energy from Waste (EEW) und Milan Nitzschke, Präsident von EU ProSun und Sprecher von AEGIS Europe, in die Räumlichkeiten der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn ein. Aus Sicht vieler Ökonom_innen zeichnen sich die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen durch ein Ungleichgewicht aus: Während chinesische Unternehmen sich in großem Maße in deutsche Unternehmen einkaufen, ist der chinesische Marktzugang aus deutscher Sicht vergleichsweise noch sehr beschränkt. Was sind die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen? Wie müssen die Länder ihre Marktzugänge regeln? Und welche Rahmenbedingungen sind für einen fairen Wettbewerb erforderlich? Diese und weitere Fragen standen im Fokus der Veranstaltung, bei der die Gäste unter der Moderation der Interims-Vorsitzenden des Managerkreises NRW Beate Kummer diskutierten und aus ihrer Sicht als deutsche Unternehmer von ihren Erfahrungen mit chinesischen Investor_innen berichteten.

Unternehmensakquisitionen als Folge politischer Ziele

In seinem Eingangsstatement eröffnete Bernhard Kemper Einblicke in EEW, dessen Geschäftsmodell darin besteht, in Abfallverwertungsanlagen Energie aus nicht mehr recycelbaren Abfällen zu erzeugen. Auf diese Weise wird Strom von etwa 700.000 Haushalten erzeugt. „Die Anlagen tragen dazu

bei, dass eine Schadstoffsenke auf allerhöchstem Niveau stattfindet“, so Kemper, der einen Bezug zu aktuellen Diskussionen um die Energiegewinnung im Kontext der deutschen Klimaziele herstellte. Im Jahr 2016 wurde das Unternehmen von einem chinesischen Investor übernommen. Doch welches Interesse könnte damit verbunden sein? Die Luftverschmutzung stellt in China ein immenses Problem dar. Die Chinesen beziehen den größten Teil ihres Stromverbrauchs aus Kohlekraftwerken. Kemper schilderte seinen Eindruck, dass sich das Thema Umwelt durch die Steigerung des Wohlstands zu einem relevanten Thema entwickelt habe, welches den Menschen immer wichtiger werde. „Die Logik der Unternehmensakquisitionen folgt politischen Zielen“, sagte Kemper und illustrierte, dass China mit der Übernahme von EEW vor allem Synergieeffekte erzeugen wolle, um eine eigene nachhaltige und ressourcensparende Abfallbehandlung zu entwickeln. Hierzu zähle nicht nur der Transfer von technischem und operativem Know-How, sondern auch von Wissen.

„Man will mit dem Firmen in Deutschland auch langfristig aktiv sein“, schilderte Kemper seine Erfahrung, dass chinesische Investor_innen durchaus Ziele einer strategischen Partnerschaft verfolgten, um gemeinsames Wachstum zu erreichen. „Wir kennen die Stimmung, die über jede Akquisition geführt wird. Aber wir machen eine ausgesprochen positive Erfahrung.“ So sei es mit dem Gesellschafter möglich, neue

Geschäftsfelder zu entwickeln und hohe Investitionen zu tätigen. Gleichzeitig betonte er die Vorteile auf chinesischer Seite und hoffte, dass die Zusammenarbeit „am Ende auch zur Verbesserung der Umweltqualität beiträgt“.

Die Notwendigkeit fairer Handelsbeziehungen

Nach diesem ersten thematischen Überblick drehte sich die anschließende Podiumsdiskussion auch um die negativen Auswirkungen für die Wirtschaft, die im Zusammenhang mit chinesischen Investitionen in deutsche Unternehmen stehen. „Wenn man sieht, was in der Solarindustrie passiert ist, ist das exemplarisch“, warnte Milan Nitzschke, auch mit Blick auf andere Schlüsseltechnologien. Er schilderte, dass vor etwa zehn Jahren die chinesische Industrie mit Aufträgen aus Deutschland, zahlreiche Solar-Fabriken errichtet habe. In diesem Zuge habe es einen einseitigen Wissenstransfer gegeben, da das gesamte Know-How nach China gewandert sei. In der Folge seien chinesische Solarmodule zu Dumping-Preisen auf dem deutschen und europäischen Markt verkauft worden, da unter anderem auch gegen Zölle massiv verstoßen worden sei. Obgleich die Qualität der Produkte bei Weitem nicht mit den deutschen habe mithalten können, wachse der Marktanteil bis heute und liege bereits bei etwa 50 Prozent, während er bei deutschen Unternehmen nur noch rund 20 Prozent betrage. „Das heißt, wir haben in nur zehn Jahren einen Markt nahezu an China verloren. Und das ganz bestimmt nicht, weil sie dort am besten gebaut werden“, folgerte er.

Neben den unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen erweiterte Nitzschke den Blick auf gesellschaftspolitische Fragestellungen und stellte eine Verbindung zum guten Abschneiden der AfD in den Regionen her, die durch die Solarproduktion zunächst einen großen Aufschwung erlebten und in denen später die meisten Unternehmen pleite gegangen seien. „Das erleben wir immer, wenn Industrien wegbrechen“, betonte er und forderte: „Daher müssen wir eine vernünftige Politik machen.“

Fehlende Gegenstrategien in Deutschland und der EU

„Wir wollen keine Handelsbeschränkungen, sondern geregelte Handelsbeziehungen“, forderte Kemper. Hier beklagte er insbesondere den ungleichen Marktzugang: Während die Chines_innen in Deutschland „fast alles kaufen“ könnten, unterliege Deutschland sehr starken Einschränkungen. Folglich unterstrich er die Notwendigkeit der Anerkennung auf Gegenseitigkeit, zweifelte allerdings gleichzeitig daran, dass dies auch in politischem Handeln münden werde. „Wenn in China ein Plan beschlossen wird, wird der stringent verfolgt. Wenn in Europa mal etwas beschlossen wird, dauert es ewig“, kritisierte auch Nitzschke. Als Aufgabe der Politik betrachtete

er vor allem, Verstöße konsequent zu sanktionieren und Importe im Zweifel zu untersagen, damit „nur das auf den Markt kommt, was mit europäischem Recht vereinbar ist“. Kemper schrieb der Politik hingegen auch eine eigene Verantwortung zu, keine politischen (Gegen-)Strategien zu verfolgen. Er bemängelte, dass Deutschland und die EU den langfristigen Zielen von Chinas Planwirtschaft nichts entgegenzusetzen hätten und betonte: „Wir können uns nicht beklagen, wenn von unserer Seite kein Plan da ist, dass andere einen haben.“

Von China lernen?

Sollten wir also etwas vom kommunistischen System kopieren? Diese Frage richtete auch Beate Kummer an die beiden Diskutanten. Vom System selbst dürfe man sich nicht viel abgucken, forderte Nitzschke. Was wir aber lernen müssten, so der Referent, sei konsequentes politisches Handeln. „Man kann nicht erwarten, dass erst alle Dieselautos verkauft sind, bis das erste E-Auto produziert wird“, verdeutlichte er beispielhaft das Agieren der Bundesregierung im Bereich der Automobilindustrie. Somit sei schnelles Handeln erforderlich, denn „irgendwann kommen wir da nicht mehr raus. Dann sind wir nur noch der kleine Partner. Und da muss jetzt was passieren, wenn es nicht schon zu spät ist“, forderte Nitzschke.

Kemper lenkte den Blick hingegen auf zentrale Probleme des chinesischen Systems. So werde in Unternehmen nur Top-Down gedacht, sodass es kaum Raum gebe für Kreativität oder Verantwortungsübernahme. „Das wird einer der großen Bremsklötze in der Entwicklung des Landes sein“, prognostizierte er und unterstrich, dass die Europäer_innen hier im Vorteil seien. Man müsse sich durchaus die Frage stellen: „Wann implodiert so was?“, und gab damit die Hoffnung nicht auf, faire Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und China erwirken zu können: „Natürlich muss man misstrauisch in die Zukunft gucken. Aber ich kann ja jetzt nicht den Kopf in den Sand stecken. Es liegt an uns, etwas Positives daraus zu machen.“

► Bernhard Kemper, Beate Kummer, Milan Nitzschke





Midterm Elections 2018 – What can we expect?

Im Vorfeld der amerikanischen Halbzeitwahlen hat der Managerkreis Brüssel mit US-Partei-, Wirtschafts- und Wissenschaftsvertreter_innen darüber diskutiert, welche Faktoren die Wahlen beeinflussen, welche Prognosen über den Wahlausgang möglich sind und mit welchen politischen Folgen je nach Wahlergebnis in Senat und Repräsentantenhaus in den USA und international zu rechnen ist.

Managerkreis Brüssel

Die amerikanischen Diskussionsgäste Pauline Manos, Vorsitzende der Democrats Abroad in Belgien, Jerome Sheridan von der American University Brussels sowie Jeremy R. Neuhart, Kommunikationschef Evonik Industries in den USA, machten in der Runde deutlich, dass sich der politische Diskurs in den USA nicht erst seit den Wahlen 2016 deutlich verändert habe. Die gesellschaftlichen Gräben zwischen den urbanen Küstenstaaten und dem industrielleren, ländlichen Mittelwesten sind breiter denn je. Dennoch wächst die US-amerikanische Wirtschaft und beschert dem Land historisch niedrige Arbeitslosenquoten – trotz Isolationismustendenzen und ökonomischen Protektionismus. Was für Ökonom_innen eigentlich ein Widerspruch ist, sahen nicht wenige Arbeitnehmer_innen in den USA als Erfolg der „America First“-Strategie ihres Präsidenten. Gleichzeitig polari-

sieren Trump die amerikanische Gesellschaft jedoch mit Personalentscheidungen, wie die um den Kandidaten für den Obersten Gerichtshof der USA Bratt Kavanaugh, oder durch Enthüllungsgeschichten von Steuervermeidung bis russischer Wahlkampfbeeinflussung. Bemerkenswert sei dabei, wie der Präsident insbesondere die eigene republikanische Partei zu Positionen treibe, die kaum noch mit deren ursprünglichen Kernwerten zu vereinbaren seien, wobei ihn die Partei aber aufgrund der Treue seiner Wählerbasis weitestgehend gewähren lassen muss. Auch führen die Skandale und Skandalchen nicht zu einer großen Wählerwanderung Richtung Demokraten.

Die drei amerikanischen Gäste stellten Vermutungen über den Wahlausgang an: Manos, Sheridan und Neuhart hielten

es für wahrscheinlich, dass die Demokraten eine Mehrheit im US-Repräsentantenhaus erringen werden, während der Senat weiter in der Hand der Republikaner bleibt. Inzwischen hat sich diese Prognose bestätigt. Wer dadurch nun auf Verbesserungen in der legislativen Arbeit des Kongresses hofft, könnte durchaus herbe enttäuscht werden. In vielen Bereichen würden sich House und Senate schlicht egalisieren und damit jegliche neue Gesetzgebung blockieren, so die Analyse der Diskutierenden. Das wiederum könnte Präsident Trump als willkommene Ausrede im Falle einer weniger rosigen wirtschaftlichen Entwicklung in den nächsten Jahren dienen. Wenn der Präsident durch mögliche Obstruktion durch das Repräsentantenhaus an der Durchsetzung nationaler Gesetzgebungsinitiativen gehindert wird, so wird sich seine Aufmerksamkeit wahrscheinlich auf die Bereiche konzentrieren, in denen er weitgehend alleinige Handlungsbezugnisse hat – nämlich in der Außen- und Sicherheits- sowie in der Handelspolitik, meinte Jerome Sheridan.

Die US-amerikanische Informationskultur und die damit zusammenhängende Meinungsbildung waren ein weiteres Kernthema der Diskussionsrunde. Fake News, die fehlende Unabhängigkeit einzelner Medien und der starke und teilweise ausschließlich auf Social Media beschränkte Bezug von Nachrichten erschweren objektive und sachliche politische Diskussionen. Viele US-Amerikaner_innen nähmen nur Nachrichten wahr, die ihre persönliche Meinung bestätigen und ihren Präferenzen entsprechen, analysierte Pauline Manos. Eine offene Diskussionskultur sowie differenzierte Argumentation sei leider in den letzten Jahren zusehends verlorengegangen.

Auf ein anderes Risiko, gerade für Unternehmen wie Evonik in den USA, wies Jeremy Neuhart hin: In vielen der 22 US-Staaten, in denen Evonik aktiv und präsent ist, werden sich nach der Wahl die politischen Ansprechpartner_innen ändern. Was sonst eben Teil der normalen politischen Abläufe in einer Demokratie ist, bekomme diesmal einen etwas dunkleren Unterton. Denn nicht wenige der Ausscheidenden werden nun durch deutlich radikalere und polarisierendere Kongressmitglieder ersetzt. Dies leitete Neuhart aus dem damals bereits bekannten Kandidatenfeld ab. Je radikaler die Rhetorik, desto größer auch die soziale Spaltung des Landes und der Verfall einer vernünftigen Diskussionskultur, befürchtete auch Pauline Manos. Die Gegensätze zwischen Stadt und Land, zwischen gebildeten und weniger gebildeten Wählerschichten werden dadurch immer stärker zementiert, denn auch die liberalen Kräfte in Amerika nehmen immer weniger die „high road“ in der politischen Debatte,

sondern beginnen, sich am Instrumentenkasten des Präsidenten zu bedienen.

Für Unternehmen und Wirtschaft prognostizierten die Gastredner_innen in der Summe für die amerikanischen Zwischenwahlen zunächst ein lose-lose-Ergebnis: entweder ein handlungsunfähiger Kongress mit einem Präsidenten, der eine alles andere als konstruktive Agenda in der Außen- und Handelspolitik verfolgt oder ein weiterhin von den Republikanern dominierter Kongress, dessen bisherige Leistungsbilanz auch nicht überzeugt. Mit dem inzwischen feststehenden Wahlergebnis und den geänderten Mehrheitsverhältnissen im Repräsentantenhaus kann nun immerhin die von den drei Gästen erwähnte Hoffnung keimen, dass dies den Demokraten wieder mehr Möglichkeiten gibt, den US-Präsidenten aus der Reserve zu locken und ihre eigene Ausgangslage für die nächsten Präsidentschaftswahlen zu verbessern und indirekt auch Druck auf die Kandidatenaufstellung der Republikaner auszuüben.

Die Moderation der Veranstaltung am 16. Oktober 2018 hatten Sandra Parthie vom Institut der deutschen Wirtschaft und Hanno Pfeil von Evonik übernommen. Sandra Parthie ist Mitglied im Vorstand des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung.



Die „Aufholjagd“ ist im Gange

Zum Abschluss der Gesprächsreihe zum Positionspapier „Mitteldeutschland im Fokus“ lud der Managerkreis Mitteldeutschland die drei Wirtschaftsminister am 23. Oktober 2018 nach Leipzig ein, um die wichtigsten Punkte des Papiers und die dringendsten Herausforderungen im Wirtschaftsbereich zu diskutieren.

Managerkreis Mitteldeutschland

Martin Dulig, Sächsischer Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Wolfgang Tiefensee, Thüringer Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft sowie Armin Willingmann, Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt waren der Einladung gern gefolgt. Alle drei Minister betonten, dass im Ländervergleich die Infrastrukturen ihrer Bundesländer immer noch schwächer seien, aber die „Aufholjagd“ im vollen Gange sei und die Anzahl der Investitionen und Projekte in den Bereichen der Infrastruktur und Wirtschaft enorm war.

Wie auf Bundesebene auch haben die drei Länder Mitteldeutschlands mit dem Fachkräftemangel zu kämpfen, der auch noch verstärkt wird durch den Wegzug von Menschen aus der Region und der geringen Geburtenrate nach der

Wende. Wolfgang Tiefensee betonte, dass sich eine ganze Generation in der Region halbiert habe. Minister Willingmann bestätigte dies und erklärte, dass pro Jahr 700 bis 900 Unternehmen in Sachsen-Anhalt manchmal vergeblich einen Nachfolger für die Unternehmensführung suchen. Unternehmen im ländlichen Raum Sachsens-Anhalts würden vielerorts wegbrechen.

Wolfgang Tiefensee hob hervor, dass trotz aller Probleme die Region Mitteldeutschland in der Vergangenheit vieles unternommen hat, um die wirtschaftliche Situation zu verbessern. Gerade Thüringen setzte auf digitale Wirtschaftsplattformen und den Bau von Mietfabriken. Auch wurde hinsichtlich der Förderung von Unternehmensgründungen die Prüfung der Wirtschaftskonzepte bzw. Businesspläne heruntergefahren.

Nach amerikanischem Vorbild sollen innovative Modelle und Konzepte nicht an übervorsichtigen und restriktiven Förderrichtlinien scheitern. Ein Unternehmen wird in den ersten drei bis vier Monaten mit bis zu 50.000 Euro unterstützt. Wenn das Konzept sich in dieser Zeit nicht bewährt hat, wird die Förderung eingestellt. Mit neuen innovativen Dienstleistungen und Industrien kommt der Bedarf an qualifizierten Arbeitnehmer_innen. Hier sprachen sich alle drei Minister dafür aus, in Bildung und Ausbildung zu investieren. Zudem wird die Gestaltung der digitalen Gesellschaft in der neuen Arbeitswelt unerlässlich sein.

Ein letzter Schwerpunkt der Veranstaltung war die Digitalisierung der Verwaltungen, um effizienter und bürgernaher Dienstleistungen anbieten zu können. Der berühmte „Rückbau“ der Verwaltung darf nicht ein „Rückgang“ der Leistungen bedeuten, so die Minister.

► Wolfgang Tiefensee



► Armin Willingmann



► Martin Dulig



Mobilitätsmarkt im Umbruch

Neue Formen der Mobilität ist das Top-Zukunftsthema. Dazu organisierte der Managerkreis Niedersachsen-Bremen am 22. Oktober 2018 ein Hintergrundgespräch mit dem Titel „Mobilität – demokratisch, nachhaltig und digital vernetzt“ mit dem Experten Martin Röhrleef, Projektleiter Mobilitätsplattform üstra Hannoversche Verkehrsbetriebe AG.

Managerkreis Niedersachsen-Bremen

Laut der Universität von Kalifornien UCLA erleben wir momentan „drei Revolutionen“ im Bereich der Mobilität: die Elektrifizierung von Fahrzeugen, die Automatisierung sowie Vernetzung und das Sharing. Neue Produkte und Anbieter auf dem Markt ermöglichen den Zugang zu „Sharing“-Modellen für Autos und Fahrräder, aber auch neue Plattformökonomien sichern für diverse Dienstleistungen und Angebote den Zugang zum Endkunden. Mit der fortschreitenden Digitalisierung auch im Verkehrswesen bzw. der Logistik- und Transportbranche soll die Vernetzung von Systemen sowie die Steuerung und der Zugang zu diesen Dienstleistungen erleichtert werden.

Martin Röhrleef warf einen Blick in die Zukunft und prognostizierte, dass das autonome Fahren sowohl im privaten als auch öffentlichen Verkehr ein „Game-Changer“ sein wird. Gerade im öffentlichen Personennahverkehr ermöglicht das autono-

me Fahren der Busse, Straßen- oder U-Bahnen einen geregelteren bzw. störungsfreieren Betrieb. Er wies darauf hin, dass vor kurzem in Potsdam eine autonome Tram auf einer Teststrecke eingeweiht wurde. Auch in puncto Nachhaltigkeit bewegt sich einiges in die richtige Richtung. Das Umweltbewusstsein der Menschen ist in den letzten zehn Jahren rasant angestiegen. Das Ende des Ölzeitalters ist ebenso aufgrund der Ressourcenknappheit abzusehen. Bei der Entwicklung neuer Technologien im Bereich der Fahrzeuge ist nur zu bedenken, dass der Ankauf und die Unterhaltung dieser für alle bezahlbar sein sollten. Auch die öffentlichen Verkehrsbetriebe müssen Zugang und eine gute Preispolitik im ÖPNV gewährleisten, wenn neue Formen der Mobilität angeboten werden. Für Martin Röhrleef wachsen perspektivisch die Mobilitätsangebote sowohl im privaten als auch öffentlichen Bereich zu einem Kontinuum zusammen.

Frankfurt und Offenbach – Rivalen oder Partner?

Für die Gestaltung der Rhein-Main-Region ist es wichtig, dass alle Kommunen - ob Stadt oder Land – an einem Strang ziehen. Was können zwei starke Player – die Städte Frankfurt und Offenbach – tun, um ein Bewusstsein für die gemeinsame Metropolregion zu entwickeln? Darüber diskutierte der Managerkreis am 20. November 2018 im Gästehaus der Goethe-Universität in Frankfurt.

Managerkreis Rhein-Main

Mit den beiden Referenten Mike Josef, Dezernent für Planen und Wohnen der Stadt Frankfurt/Main, und Felix Schwenke, Oberbürgermeister der Stadt Offenbach, wurde den Fragen nachgegangen, wie Kooperation bzw. Wettbewerb zwischen diesen beiden Städten funktionieren, welche Rolle dabei das Umland spielt und was die Kommunen vom Land Hessen in diesem Zusammenhang erwarten. Florian Gerster, Staatsminister a. D. und Vorsitzender des Managerkreises Rhein-Main, eröffnete die Veranstaltung, indem er die Wichtigkeit des The-

mas für den Managerkreis betonte. So hätte es schon in der Vergangenheit einige Veranstaltungen dazu gegeben. Über die heutige freue er sich aber besonders, denn mit den beiden Referenten hätte man zwei starke Player zu Gast, von denen man eine Menge lernen könnte, da vieles in beiden Städten in die richtige Richtung laufe.

Zunächst betonte Mike Josef in seinem Inputvortrag, dass beide Aspekte des Veranstaltungstitels prinzipiell wichtig seien:

Die Zusammenarbeit basiere sowohl auf gemeinsamer Gestaltung als auch auf Konkurrenz miteinander. Zuerst sei festzuhalten, dass Frankfurt die Rhein-Main-Region brauche. Frankfurt sei zwar eine rasant wachsende Stadt, aber sie bleibe in ihrer bebaubaren Fläche stark eingeschränkt. Der demografische Zuwachs betreffe zudem nicht nur Frankfurt, sondern auch alle umliegenden Kreise, da das Zuwanderungswachstum auf das ganze Rhein-Main-Gebiet überschwappe. Wenn man sich beispielsweise Kommunen wie Eschborn anschauere, die doppelt so viele Pendler_innen wie Einwohner_innen hätten, dann sehe man, dass der Zuwachs von den Regionen alleine nicht bewältigt werden könne.

Die wichtigsten Problemlösungsfaktoren, die in nächster Zeit im gesamten Rhein-Main-Gebiet verstärkt werden müssten, seien der Ausbau von Wohnraum und ÖPNV, denn man sehe, dass jeder Ort mit einer guten ÖPNV-Verbindung größere Wachstumsspielräume habe. Doch gebe es bei der regionalen Zusammenarbeit eine Vielzahl an Problemen und Konflikten zwischen Frankfurt und den ländlichen Regionen. Das Grundproblem sei, dass viele Kommunen um Frankfurt aufgrund der hohen Wohnraum-Nachfrage wachsen müssten, dies aber von ihnen politisch nicht gewollt sei. Außerdem existierten eine Vielzahl an Restriktionen, die das Wachstum erschwerten. So sei Frankfurt als größte Stadt zugleich die „Agrarhauptstadt des Landes Hessen“. Frankfurt als Gemeinde mit der im Innenbereich größten agrarisch genutzten Fläche in Hessen blockiere sich somit selbst im inneren Ausbau.

Mike Josef betonte darüber hinaus, dass demografisch-urbanes Wachstum zwar für die gesamte Region ökonomisch sehr wichtig sei, es aber auch sozial und ökologisch gestaltet werden müsse. Das Bewusstsein dieser in Zukunft immer wichtigeren Aufgabe existiere im Rhein-Main-Gebiet noch nicht in ausreichendem Maße. Trotz der oft schwierigen Zusammenarbeit im Rhein-Main-Gebiet kooperierten Frankfurt und Offenbach aber recht gut.

Nach dieser Eröffnung aus Frankfurt fuhr Felix Schwenke fort. Er erklärte, dass Frankfurt für die Bundesrepublik zwar eine Großstadt, im europäischen Vergleich jedoch relativ klein sei. International konkurriere deshalb zwar die gesamte Rhein-Main-Metropolregion, aber vor allem Frankfurt habe einen internationalen Namen. Zum Beispiel trete man auf internationalen Messen als Region auf, profitiere aber vom globalen Renommee Frankfurts. Damit die Rhein-Main-Region insgesamt wachse, sei es deshalb selbst für den Oberbürgermeister von Offenbach wichtig, dass Frankfurt international attraktiver sei, doch alle müssten gemeinsam dafür arbeiten, auch

die Metropolregion insgesamt zu einem attraktiven Standort zu machen. Gerade dies werde aber durch Strukturprobleme des Rhein-Main-Gebiets erschwert. Ein Problem sei beispielsweise die Gewerbesteuer, wo Kommunen wie Eschborn Steuerdumping betreiben würden. Eschborn könne sich diese niedrige Gewerbesteuer nur wegen seiner Nähe zum (als Trittbrettfahrer mitgenutzten) Dienstleistungszentrum Frankfurt leisten. Deshalb bezeichnet Schwenke solche Kommunen als „Schmarotzer der Region“. Man bräuchte also eine Reform der Gewerbesteuer, damit den Nachbargemeinden solche Anreize gegen Kooperation in der Region genommen werden.

Das Kernthema kommunaler Zusammenarbeit sieht Schwenke in der Schaffung zusätzlichen Wohnraums. Am Beispiel der Stadt Offenbach schilderte er, dass Offenbach lange Zeit kaum gewachsen sei, da die Menschen nicht dorthin ziehen wollten. Dies habe sich jetzt geändert. An vielen Stellen sei in Offenbach neuer Wohnraum geschaffen worden, und es würden neue Stadtteile entstehen, ohne dabei auf so großen Widerstand wie in Frankfurt zu treffen. Dennoch gebe es auch in Offenbach das Problem steigender Mieten, sodass sich viele Menschen auch hier keine angemessene Wohnung mehr leisten könnten. Deshalb bräuchte man mehr neuen Wohnraum in der Region. Dies könne aber nur in Kooperation und Abstimmung zwischen Metropole und Regionen funktionieren. Eine weitere Herausforderung sei hier der ansteigende Pendlerverkehr, der nicht mehr über den Pkw-Individualverkehr, sondern nur über den Ausbau von ÖPNV und Schiene gelöst werden könne. Vor allem mehr Schienenprojekte bräuchte das Rhein-Main-Gebiet. Felix Schwenke schloss mit der Bemerkung, dass in Bereichen wie Wirtschaft, Wohnen, Verkehr und auch Luftqualität mehr Kooperation in der Region dringend notwendig sei.

In der anschließenden von den beiden Mitgliedern des Steering-Komitees des Managerkreises Petra Rossbrey und Walter Hoffmann moderierten Diskussion, wurde mit einem sehr engagierten und fachkundigen Publikum konkreter über die praktisch-politische Umsetzung möglicher Lösungsansätze gesprochen. Auf die Frage, wie eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Regionen gestaltet werden könne, erklärte Mike Josef, dass der Landesentwicklungsplan spezifischer auf die verschiedenen Gegebenheiten der Regionen eingehen und diesen gerechter werden müsse. Zudem sei es notwendig, den regionalen Flächennutzungsplan durch ein Anreiz- und Sanktionssystem zu flankieren. Ein weiterer Kooperationspunkt könne in einer interkommunalen Gewerbesteuer liegen. Das bedeute, dass jede Region davon profitieren könne und sich auch die Kosten aufteilen würden. Oberbürgermeis-

ter Schwenke stimmte seinem Vorredner zu und erklärte, dass Nivellierungssätze für Gewerbesteuern ein gutes Instrument gegen Gewerbesteuerdumping sein könnten. Wichtig sei, dass die Landesregierung rechtlich, administrativ und finanziell das Rhein-Main-Gebiet entsprechend seiner organischen Zusammengehörigkeit behandle.

Zum Schluss betonten beide Referenten, dass schon einige positive Entwicklungen zu verzeichnen seien. Vor allem

bei der Frage nach der Schaffung zusätzlichen Wohnraums müsse aber beim grundsätzlichen Motto „bauen, bauen, bauen!“ auch die Frage nach dem „wer, was und wie?“ konkret beantwortet werden. Trotz aller Rivalitäten zwischen Frankfurt und Offenbach waren sich beide Referenten einig, dass die Entwicklung Frankfurts als Herz des Rhein-Main-Gebiets bedeutsam für die gesamte Region sei und dass eine engere Kooperation aller Akteure wünschenswert und notwendig sei.

► Mike Josef



► Felix Schwenke



Welcome to Bremerh(e)aven!

Der Managerkreis Niedersachsen-Bremen hatte am 27. November 2018 zu einem Fachgespräch eingeladen, um über neue Impulse für den Wirtschaftsstandort Bremerhaven durch den Technologietransfer in der Lebensmittelwirtschaft zu diskutieren.

Managerkreis Niedersachsen-Bremen

Noch vor gut 15 Jahren verglichen viele Bremerhaven mit einer Stadt auf dem Abstellgleis. Das frühere Ansehen als Hafenstadt schwand, als der Fischereihafen weitestgehend den Betrieb einstellte. Die Arbeitslosigkeit stieg und auch die Stadt litt unter den geringen Einnahmen durch Beiträge und Steuern. Seit nunmehr einem Jahrzehnt erfindet sich Bremerhaven neu und investiert in den Ausbau der Lebensmittelwirtschaft. Mit angesehenen Firmen wie Frosta, Iglo oder Nordsee arbeiten inzwischen 4.000 Mitarbeiter_innen in der Lebensmittelbranche, die noch Wachstumspotential hat.

Staatsrat Gerd-Rüdiger Kück betonte in seiner Auftaktrede, dass vor Jahrzehnten noch niemand daran geglaubt hätte, dass sich Bremerhaven einmal mit der Lebensmittelwirtschaft hervorheben würde. Auch die Politik beförderte diese Entwicklung, indem sie den Fokus auf die Wissenschaft legte und bis heute die Bremerhavener Hochschule zur Hälfte finanziell unterstützt. Die Hochschule mit ihren rund 2.900 Studierenden ist die kleinste Deutschlands und arbeitet mit lokalen Unternehmen in Ausbildung und Forschung Hand in Hand, um den Nachwuchs für die Lebensmittelindustrie bereitzustellen. Alle

Studierenden der Lebensmitteltechnologie und -wirtschaft können nach ihrem Studium nahtlos eine Beschäftigung bei den örtlich ansässigen Unternehmen aufnehmen. Und der Bedarf der Betriebe ist damit noch lange nicht gedeckt.

Das Stadtmarketing und die Wirtschaftsförderung sind auf Innovationen ausgerichtet. Allerdings betonte Frederike Reimhold von der Hochschule Bremerhaven, dass es eine hohe Fluktuation von Mitarbeiter_innen in der Forschung

gibt. Hier sollte die Förderung der Stadt von kurzweiligen Projekten eher absehen und langfristige Forschungsvorhaben mit festem Personal bevorzugen. Damit Bremerhaven auch in Zukunft wirtschaftlich stärker werden kann und die Auswirkungen des Fachkräftemangels keine negativen Folgen haben, muss die Stadt Rahmenbedingungen für lebenswerten Wohnraum und gute Bildungseinrichtungen schaffen. Somit könnte die Erfolgsgeschichte Bremerhaven weiter fortgeführt werden.

Terminvorschau

► **11.12.2018** Düsseldorf

Zur aktuellen Situation und den zukünftigen Herausforderungen der Landespolitik in NRW Hintergrundgespräch* mit Thomas Kutschaty MdL, Vorsitzender der SPD Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen

► **29.01.2019** Köln

Managerkreis Young Leaders

Ready for Change? Veränderungen in Unternehmen und Organisationen in Zeiten von Digitalisierung und demografischen Wandel Impulsvortrag und World Café mit Jens Scharnetzki, Chief Product Owner der Yello Strom GmbH

► **30.01.2019** Frankfurt

Ausblick auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung und mögliche Szenarien mit Volker Wieland

Weitere Termine in Vorbereitung

Stand: Dezember 2018

Diese Aufstellung enthält Veranstaltungen, deren Termine bereits feststehen.

Zu jeder Veranstaltung werden rechtzeitig persönliche Einladungen per E-Mail versandt.

Wenn sich Ihre Kontaktdaten ändern, informieren Sie uns bitte: managerkreis@fes.de

*Zu den Hintergrundgesprächen werden nur Mitglieder des Managerkreises eingeladen.

www.managerkreis.de